ROTE KOMMENTARE

Genossen,

wir halten es nicht für richtig, die DK bis auf weiteres zu verschieben, wie es der Bundesvorstand vorzuhaben scheint. Bei einer BV-Sitzung (7.9.) wurde mit Einverständnis der anwesenden Genossen aus Heidelberg die Delegiertenkonferenz zunächst auf die zweite Oktoberhälfte verlegt, weil nur so die technische und politische Vorbereitung gewährleistet werden konnte (info- und nk, Diskussion in den Gruppen, und Referate einzelner Gruppen und Genossen). Wir gingen davon aus, daß eine DK in den nächsten Wochen notwendig sei, aber nicht einfach ins Blaue hinein geplant, sondern sorgfältig vorbereitet werden müßte. Jetzt will der BV unter Berufung auf die notwendige Vorbereitung die DK so lange rausschieben, bis sie nicht mehr nötig ist. Aber dadurch wird die Vorbereitung nicht besser werden und die fälligen Diskussionen und Entscheidungen werden nicht weniger dringend.

Folgende drei Themenkomplexe sollten in einem Rundbrief des BV den Gruppen für die DK vorgeschlagen werden, der zu einem vorbereitenden Treffen in Frankfurt auffordern sollte:

1. Politik an der Hochschule: "Liquidierung des VDS", Neuorganisation der Studenten an der Universität, strategischer Stellenwert der Hochschulrevolte und Funktion der Studenten im Klassenkampf.
2. Fraktionsauseinandersetzungen in der Linken, Bündnispolitik und Konzeption der sozialistischen Massenorganisation.
3. Sozialreformerische und -revolutionäre Strategien, Aktionen im Konsum - und Sozialsektor, Rote-Punkt-Aktion, Bestimmung des autoritären Sozialstaates.

Wir halten diese Diskussionen für unbedingt notwendig und auch schon jetzt für durchführbar. Sollten wir nicht im ersten Anlauf über eine genaue Bestimmung der Fragestellung hinauskommen, so wäre diese DK nicht die erste, die vertagt wird. Auf jeden Fall kann man die fällige Diskussion nicht mit dem Hinweis aufschieben, sie könne irgendwann mit viel größerer Effizienz geführt werden. Darauf kann man sich nicht verlassen. Einstweilen wird das info einfach weiter Material ansammeln, wird die nk nicht besser und trifft der BV seine einsamen Entscheidungen.

Anfang dieses Semesters werden, ebenso wie in Berlin, auch in Baden-Württemberg die ASten abgeschafft. Die Liquidierung (besser der Zerfall) des VDS und die Reaktionen der halblinken ASten und Verbände verschärfen die damit akut gewordene Organisationsfrage an der Universität. Wir können in dieser Situation nicht einfach lokal vor uns hin wurschteln und im übrigen von einer ad hoc Entscheidung in die andere taumeln. Zwar wird es kaum möglich sein, auf die absehbare Entwicklung an der Universität als geschlossene Organisation zu antworten (dazu haben wir die Sache zu lange schleifen lassen), aber die zentrale Diskussion könnte doch einen Entscheidungrahmen ziehen, in dem die lokalen Entscheidungen nicht bloß den naturwüchsigen Auflösungs - und Dezentralisierungsprozeß fortsetzen.

Die wilden Streiks und die Unfähigkeit des SDS schweige ihren gewerkschaftlichen Kampf weite stimmung unsrer Betriebspolitik. Dabei wird au und ihrer Konzepte diskutiert werden müssen. N statt Mitbestimmung kommen wir selbst nicht v rungsprozeß der Arbeiterklasse nicht eingreifen das überhaupt möglich ist, ist ziemlich unklar. nach den Streiks nicht mehr so verschwommen frustrierenden Diskussionen der AK befürchtenn

Nach den vielen Wahlkampfaktionen im ganze zu erwartenden Verschärfung der politischen Re beutung nach der Bundestagswahl, müssen wir d genauer analysieren und den möglichen Widers Schlagworts auf die Ebene der Organisation heb verschiedenen Fraktionsansätze innerhalb und a

Mit den jetzt schon einsetzenden Preissteigerun verstärken werden, stellt sich die Frage nach d Aktionen wie den Staßenbahnblokaden, die in verschiedene Weise interpretiert werden.

An diesen inhaltlichen strategischen Fragen w wir mit der antiautoritären, d.h. nach dem Fü organisation verfahren müssen. Der Widerspruc nisation und bürokratischer Verbandsspitze kan Entweder müssen formelle Vermittlungen zwis tretung geschaffen oder muß die Verbandsspitz sches Exekutivorgan, daß sich nur durch se ne trägliche Rationalisierung in Erinnerung ruft, k

Auch deshalb muß die DK bald stattfinden. G tungstreffen nach Frankfurt (28.9.) und versu im lokalen Alltagsgeschäft aufzugehen.

28.9. in Fran

Vorbereitung

SDS - HEIDELBERG

Uni (Volks)

, die Arbeiter zu unterstützen, ge-
rzutreiben, erfordern eine Neube-
ch die Rolle der Berliner Genossen
Mit der Formel Arbeiterkontrolle
weiter und können in den Politisie-
. Wieweit und auf welche Weise
. Auf jeden Fall ist die Situation
, daß wir eine Wiederholung der
nüssen.

n Bundesgebiet und angesichts der
pression und wirtschaftlichen Aus-
ie Faschisierung der Bundesrepublik
stand gegen sie aus der Sphäre des
en. Nur so können wir auch die
außerhalb des SDS klar erfassen.

ngen, die sich nach den Wahlen
er Fortführung und Ausweitung von
nerhalb der Linken und des SDS auf

ird sich dann auch erweisen, wie
ührerprinzip strukturierten Verbands-
ch zwischen gallertartiger Basisorga-
n nicht länger toleriert werden.
chen lokaler Basis und zentraler Ver-
e abgeschafft werden. Ein bürokratisches
e Fehlentscheidungen und deren nach-
önnen wir uns nicht leisten.

enossen, kommt zu dem Vorberei-
cht, wenn es auch schwer fällt, nicht

kfurt

streffen

(221/54344

Genossen,
lest regelmässig und bestellt:

'DAS ROTE FORUM'

bisherige Nummern:
Dritte Welt
Aktiver Streik - Basisgruppen -
- Rote Punkt Aktion

Preis 0.50 DM
(erscheint 2 monatlich)

ROTE KOMMENTARE

Preis 0.10 DM
(erscheint wöchentlich)

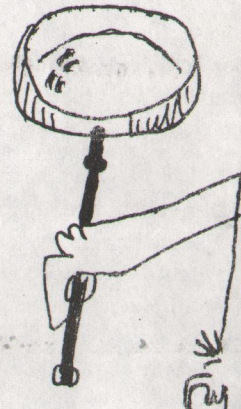
AL DJABHA - DIE FRONT

Zur Unterstützung der demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas.
(FDPLP) Preis 20 Pf

HEIDELBERGER WINTER

Analysen und Dokumente
Preis 3.- DM

Die Liquidation des VDS ka
Ein Beitrag zur Flurbereinig



a. Vorbemerkungen zur Beschreibung eines Wechselbalgs

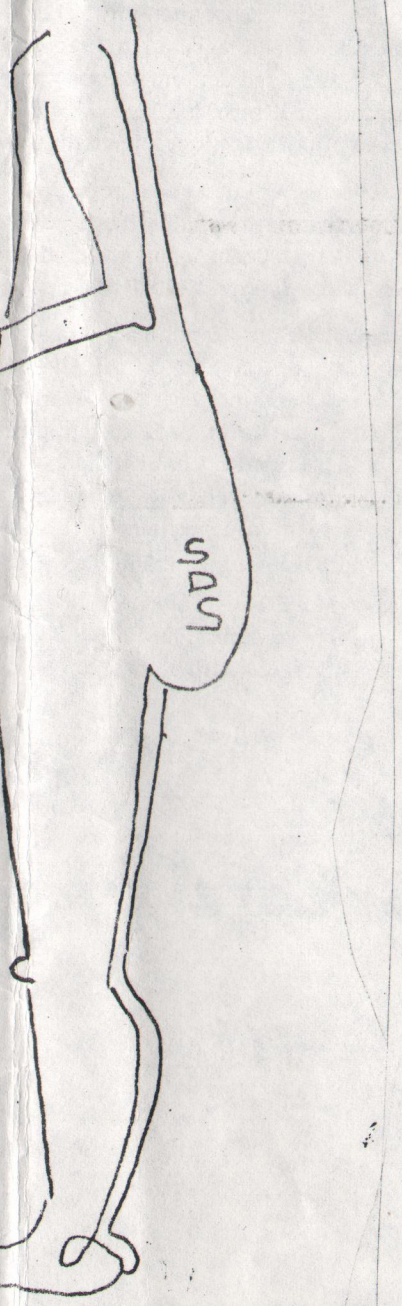
"Die Hochschulpolitik vollzieht sich auf zwei Ebenen: zum einen fachspezifisch, d.h. dezentralisiert in den einzelnen Fächern und Instituten durch die ad hoc Gruppen, zum anderen allgemein hochschulpolitisch über die Zuspitzung von gesamtuniversitären Konflikten mit Administration und Bürokratie durch den AStA. Zu warnen sind die ASten vor einem völlig unkoordinierten Pluralismus von Aktivitäten mangels eigener Strategie. Der AStA hat nicht vordringlich die Aufgabe der Verallgemeinerung und Vermittlung dessen, was an der Basis passiert, sondern er hat eigene Initiativen zu entwickeln, die die revolutionäre Phantasie der ad hoc Gruppen hervorrufen... Die Hochschularbeit des SDS wird in der Ausbildung von Kadern zur zentralen Voraussetzung für unsere Arbeit in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen. Es ist daher erforderlich, daß die Politik an der Hochschule, d.h. die Politik der ad hoc Gruppen und der ASten im SDS selbst kontinuierlich diskutiert und bestimmt wird. Das erweist sich auch deshalb als unbedingt notwendig, um die Genossen, die in den Institutionen (ASten, Fachschaften) arbeiten, vor einer bürokratischen Verselbständigung und Identifizierung mit den Institutionen zu bewahren." Es ist sehr problematisch, derzeit über Hochschulpolitik und gar über den VDS sich auszulassen. Nur für wenige SDS-Gruppen stellt die Eroberung und Handhabung des AStA eine wichtige Erfahrung dar, und den meisten erscheint der AStA im Hinblick auf die Hochschulgesetze der Länder zu Recht keiner Anstrengung mehr wert. Die Tatsache, daß relativ viele ASten in der Hand der Linken sind, verdankt sich eher der Schwäche der Rechten und dem appeal der Studentenrevolte; so fiel einigen SDS-Gruppen der AStA zu, nachdem sie zunächst durch eine abstrakt übertragene Parlamentarismuskritik auf die verfaßte Studentenschaft eine vergebliche Anstrengung gemacht hatten, sich seiner zu erwehren.

Wo schließlich sich der SDS nicht aufraffen konnte oder wollte, unternahmen es spontan selbst organisierte liberale Gruppen. Aus diesen und den freiwilligen und unfreiwilligen SDS-ASten ist die Mehrheit der VDS Mitgliederversammlungen im März in Köln und im Juni in Göttingen, die ein neues Strukturprogramm beschlossen und einen SDS-Vorstand wählten, zusammengewürfelt. Wenn zuweilen in SDS-Infos oder in der bürgerlichen Presse Nachrichten über den VDS auftauchen- sei es, daß er ausgepowert werden soll, sei es, daß er umstrukturiert werden soll, sei es daß er aufgelöst werden soll - so ist das vielen Genossen scheißegal. Es erscheint nur konsequent, nach der Zerschlagung des SDS erst recht den VDS zu zerschlagen. Weil das so erscheint, wollen wir dieser Sorte von Konsequenz und Zerschlagung der Klarheit halber auf die Finger sehen.

Das angeführte Zitat stammt aus den "Thesen zur Hochschulpolitik", die auf dem letzten SDS-Bundesseminar zur Hochschulpolitik Ende Oktober 68 von Berliner Genossen (Lefevre, Knapp u.a.) formuliert worden sind. (abgedruckt in: SDS-Korrespondenz Heidelberg 1968). Bedingung einer unbürokratischen und avangardistischen AStA-Politik ist eine mobilisierte Studentenschaft (Existenz von Ad-hoc Gruppen) auf die sich strategische gesamtuniversitäre Initiativen des AStA beziehen einerseits, und die Existenz einer avangardistschen politischen Organisation,

nn den SDS - BV nicht retten.

ung.



fides SDS andererseits. Die bürokratische Verselbstständigung und Integration der AStA-Genossen wird dadurch verhindert, daß sie als SDS-ler im AStA arbeiten und als AStA selbsttätig eine Konfliktstrategie entwickeln. Mit einem Wort: Sie sind weder die Bürokratie des Rektorats, noch die der arbeitenden Gruppen. Was in den "Thesen" vor knapp einem Jahr über das Verhältnis von politischen Studenten, AStA und SDS - und zwar gerade auch im Hinblick auf die Transformation der Studentenbewegung gesagt wurde, trifft auch als Bedingung einer sozialistischen Politik im VDS zu, und zwar in einem sehr viel strengeren Sinn, weil der geschlossene lokale Handlungsrahmen als Korrektiv ausfällt.

Soweit die ein Jahr alten Kamellen. In den Monaten vorher waren die zentralen Kampagnen gegen Springer und die Notstandsgesetze auf ihrem Höhepunkt und an einem vorläufigen Ende angelangt, einige Wochen vorher war die 23.o.DK des SDS in Frankfurt auseinandergelaufen und einige Wochen danach ihre Fortsetzung in Hannover desgleichen - die " Zerschlagung" des SDS war faktisch in Gang gekommen. Den Verband, der weitgehend in die "Bewegung" sich aufgelöst hatte, trafen die emanzipatorischen Anspüche unterprivilegierter Fraktionen genau in dem Augenblick, als zentrale Kampagnen die Einsicht in die Notwendigkeit zentraler Organisation nicht mehr vermittelten. Die richtungslos gewordene "Bewegung" wandte in Gestalt unterprivilegierter Gruppen ihre emanzipatorischen Forderungen aggresiv gegen einen fiktiven Verband, den paradoxerweise nur noch Individuen vertraten.

Als das Geschwätz von der Zerschlagung des Verbandes aufkam, hatte dieser sich schon längst aufgelöst.

b. Nach der Auflösung des Verbandes wird die Zerschlagung des BV notwendig

Es wurden noch auf der 23. DK und seither etli che Versuche der Rekonstruktion des SDS gemacht, die sich zumeist in Kampagneprojekten versteckten, deren inflationäre Zahl wenigstens unter diesem Aspekt plausibler wird. Der andere Versuch war die Wahl eines BV in Hannover, der nach den Worten eines seiner Mitglider sich als einen "starken" verstand. Dieser BV leitete jene Politik gegenüber dem VDSein, die der darauf folgende BV prompt vollstreckte. Aber die so notwendig gewordene Notschlachtung des VDS wird das Siechtum des SDS nicht beenden, auch wenn der BV die großartigen Folgenseiner Mißerfolge im Bewußtsein der Genossen noch so glänzend ausmalt.

Die antiautoritäre Bewegung ist besonders leicht gefährdet bürokratische Organisationsformen hervorzubringen, weil sie keine transparenten und einigermaßen festen Strukturen aufweist. Das kann aber nicht heißen, daß Genossen, die eine bürokratische Politik betrieben haben, ihre halbherzig eingestandenen Fehler schlicht aus den Bedingungen der antiautoritären Bewegung ableiten können, um sie so hinterrücks zu rechtfertigen, indem sie zu notwendigen Fehlern deklariert werden. Selbstkritik kann nicht heißen, die Scheiße, die man angerichtet hat, mit dem Mäntelchen der historischen Notwendigkeit zuzudecken. Selbstkritik kann nur dann mehr sein als wehleidige Selbstbeweihräucherung, wenn sie nicht bei einem globalen Aufweis der angeblichen Notwendigkeit dieser Fehler stehen bleibt, sondern diesubjektiven und organisatorischen Bedingungen reflektiert, unter denen diese Fehler notwendig wurden, um damit auch zu zeigen, wie wir in Zukunft solche Fehler vermeiden können. Aber wenn globale Analysen der antiautoritären Bewegung, die alle Fehler rechtfertigen, (im Sinne einer mechanistischen und vulgärmaterialistischen Geschichtsschreibung), bestimmt keine Selbstkritik sind, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß die globalen Analysen wenigstens als solche richtig sind. Nachdem nun oft genug emphatisch die "Zerschlagung des SDS" propagiert wurde, wird es langsam Zeit, sich zu überlegen, ob nicht auch dessen bü-

rokratischer Überrest, der BV, wenn nicht zerschlagen, so doch zu den historischen Akten gelegt werden soll. Den Genossen, die mit der Selbsttätigkeit der Basis hausieren gingen, sollte die Rückkehr zu dieser erleichtert werden. Die Auflösung des SDS (und niemand sollte durch Begriffe wie "Zerschlagung" den Eindruck erwecken, als handle es sich hierbei um mehr als einen naturwüchsigen Prozeß) hat zunächst dazu geführt, daß durch nichts und niemand kontrollierbare Gremien mit dem bloßen Namen SDS eine Politik machen, deren Fehler schon deshalb der "Bewegung" zur Last gelegt werden müssen, weil es zwischen ihr und den EInzelpersonen, die sich kollektiv nicht nur zu ihren Exegeten, sondern auch zu ihren Exekutoren gemacht haben, keinerlei organisatorische Vermittlung gibt. Unter diesen Umständen dürfen die Kritiker der Selbstkritik des BV, die in Wahrheit nur ein verständliches, aber unverzeiliches Regressionsbedürfnis beweist (die Lust, sich wenigstens theoretisch in den mütterlichen Schoß der "Bewegung" zurückzuziehen, aus dem man sich praktisch allzu keck hervorgewagt hat und weiterhin hervorwagen will) nicht in den gegensätzlichen Fehler verfallen, und die Selbstkritik des SDS oder dessen, was davon übrig geblieben ist, auf die Kritik einzelner Personen beschränken.
Die Auflösung des SDS und seiner sozialdemokratischen Strukturen hat einen unauflöslichen sozialdemokratischen Restbestand übrig gelassen, der nun wirklich zerschlagen werden muß: den SDS - BV. An seine Stelle sollte eine arbeitsfähige und demokratisch kontrollierbare info und -nk-Redaktion treten, und wenn möglich ein breiteres, möglichst oft tagendes Diskussionsgremium, das keine ad-hoc-Entscheidungen trifft, sondern strategische Empfehlungen für die Gruppen ausarbeitet, und in info und nk regelmäßig Rechenschaft über seine Sitzungen gibt. Nur so kann verhindert werden, daß ein formeller Kader wie der BV sich ständig auf informelle Kader beruft, die vor allem insofern informell sind, als sie keinen formellen Einfluß auf die Entscheidungen des BV haben, und diese deshalb bestenfalls nachträglich benörgeln können, wenn sie wenigstens auf dem Wege des Gerüchts zu ihrer Kenntnis gelangt sind.

Damit geben wir keineswegs unsere Ansicht auf, daß lediglich eine demokratisch-zentralistische Avantgardeorganisation, die allererst der Basis eine reale Einflußmöglichkeit bietet, den tatsächlichen Notwendigkeiten des revolutionären Kampfes langfristig entsprechen kann, sondern ziehen bloß die taktische Konsequenz aus der Erfahrung, daß der als antiautoritär verkaufte SDS zumindest überregional insofern höchst autoritär ist, als er keinerlei öffentliche und organisierte Kontrolle seines Spitzengremiums zuläßt, und damit jede Kritik an dessen Politik zur bloß nachträglichen Nörgelei verurteilt. Nachdem mit dem VDS die letzte Institution liquidiert wird, zu der wir uns als Organisation zentral hätten verhalten müssen (all unsere Abwehrkämpfe gegen die Staatsmacht, seien es nun die Justizkampagne oder die Streiks gegen das Ordnungsrecht, waren niemals zentral organisiert, und das gilt erst recht für unsere offensive Tätigkeit, die langfristige mehr oder weniger systematische Wühlarbeit an der Basis in den Betrieben, Schulen und Universitäten, die in den Instituts- und Basisgruppen die ersten organisatorischen Konsequenzen zeigen), können wir auf den BV so lange verzichten, bis es den jeweils lokal arbeitenden Kadern gelingt, in den verschiedenen Gruppen ein Bewußtsein zu entwickeln, das nicht nur die Notwendigkeit einer nationalen, zentralen Organisation einsieht, sondern diese auch einsetzen kann, statt von ihr ständig vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Um dieses Bewußtsein zu schaffen, bedarf es derzeit vor allem einer regelmäßigen zentralen Diskussion, die neben den lokal motivierten, aber überregional intendierten Blättern und Zeitschriften wie RPK, GEGEN DEN STROM, apo-press, Rotes Forum etc. schon durch ein SDS-info und eine nk gewährleistet werden kann, die die theoretische und strategische Diskussion initiieren, statt wie wohl jeder inder gegenwärtigen Phase mögliche BV, ohne theoretische und strategische Diskussion uns ständig mit seinen faktischen Entscheidungen zu konfrontieren, die auf die Dauer eine undiskutierte und indiskutable Strategie uns aufzwingen werden.

Die Heidelberger Gruppe hat immer wieder eine Stabilisierung des Verbandes auf nationaler Ebene gefordert und hielt auch den BV für deren mögliches Instrument. Diese Einschätzung hat sich als falsch erwiesen; der BV ist im Gegenteil deren entscheidendes Hemmnis, insofern er seine Entscheidungen nicht durch die innerorganisatorische Diskussion einleitet, sondern diese im Gegenteil durch seine Entscheidungen vor vollendete Tatsachen stellt, und damit zur bloßen Akklamation oder Nörgelei verkommen läßt.

Die Erfahrungen mit der "Verbands"-Politik gegenüber dem VDS belegen diese Einschätzungen im Einzelnen. In ihr zeigen sich nicht nur die Gefahren einer innerorganisatorischen Verselbständigung des BV, sondern auch die Gefahr einer Isolierung der "reinen" Revolutionäre, die der BV repräsentiert (und nicht mehr!), von den studentischen Massen. Nachdem der Verband "zerschlagen" wurde, reduziert er sich auf eine Clique, über deren innere Widersprüche man nur gerüchtweise erfährt.

c. Antinomien der Organisation und bürokratische Politik des BV

Die Zwieschlächtigkeit der Politik des SDS-BV in der VDS-Frage drückt genau jenes organisatorische Verhältnis aus zwischen unkontrolliertem Spitzengremium, das den Verband nach außen vertritt, ohne in der Organisation kontrolliert zu werden, und den arbeitenden Gruppen, die, weil sie aus sich heraus keine zentralisierenden Tendenzen entwickeln, zum Objekt der Politik dieses Spitzengremiums werden: einerseits geben sie die passive Legitimationsinstanz ab, auf die sich der BV beruft, und andererseits muß ihnen irgendetwas Greifbares (sei es Geld oder Satzungsparagraphen) geboten werden, was ihre "Bedürfnisse" zu befriedigen scheint, in Wirklichkeit aber lediglich ihre organisatorische Passivität und partikularistische Interessenborniertheit verfestigt. Das führte in letzter Konsequenz nicht nur zu einer Verschärfung der widersprüchlichen Organisationsformen, hin- und hergerissen zwischen staatsmännischem Kalkül und bornierten partikularen Interessen, sondern auch zu einem Scheitern sowohl der propagierten als auch der insgeheim beabsichtigten Politik gegenüber dem VDS, zu einem Scheitern auf der ganzen Linie. Diese Fehler lassen sich nicht einfach als Mängel der "Bewegung" bezeichnen, sondern kennzeichnen sehr direkt einen BV, der sich über die Bedingungen seines Handelns keine Rechenschaft ablegte und sich als Exekutive einer Bewegung verstand, deren antiautoritäre, d.h. partikularistische Organisationsform er perpetuierte. So mußte er sich zum "reinen" Sprecher der revolutionären Bewegung nach außen aufspielen, um faktisch mal dieses mal jenes rein revolutionär zu "vertreten" und nach innen die Funktion eines Dienstleistungsbetriebes anzunehmen, der seine politische Legitimation daraus zog, daß er den arbeitenden Gruppen etwas zu "bieten" hatte. Abgesehen davon, daß diese Trennung von innen und außen, die sich immer wieder auf irgendwelche Entwicklungen an der Basis beruft, letztlich nach "außen" generell auf Arroganz und nach innen auf Richtungslosigkeit hinausläuft, mußte sie sich in der VDS-Politik in all ihrer Fragwürdigkeit deshalb entlarven, weil in Bezug auf den VDS zwischen der Ausnutzung einer Institution und einer grundsätzlich antiinstitutionellen Politik hätte vermittelt werden müssen, was theoretisch ohnehin schwierig, aber unter den bestehenden organisatorischen Bedingungen nicht einmal verbal, geschweige theoretisch ausgewiesen, praktisch geschehen konnte.

So zählte sich weder die kursorisch geübte "Diplomatie" ("Taktik") aus, also die bürgerliche Realpolitik, noch die bei Gelegenheit vorgetäuschte Intransigenz der wahren Revolutionäre. Am Ende zeigte sich weniger die Unmöglichkeit, den VDS revolutionär zu instrumentalisieren, als die Unfähigkeit des SDS, diese Aufgabe zu bewältigen.

Von vornherein zeigte sich der dann immer wieder auftretende Zirkel, etwas anderes zu wollen, als man eigentlich sagt, und dann doch sagen zu müssen, was man eigentlich will; der Kurzschluß von revolutionärer List und bürgerlicher Geschwätzigkeit, der sich in bombastischen Reden und peinlichem Geflüster äußert, in denen zwischen der "Notwendigkeit", die Staatsmacht und die Studentenfunktionäre hereinzulegen und sich an der "Basis", den arbeitenden Gruppen zu legitimieren, die tatsächliche Aufgabe jeder sozialistischen Politik an der Hochschule, nämlich auch taktische Schritte vor den studentischen Massen auszuweisen, auf der Strecke bleibt. Deshalb wurde notwendig der VDS öffentlich als "sozialistischer Kampfverband" hochgejubelt und gleichzeitig intern als bürokratische Institution, die man auspowern muß, gekennzeichnet; der VDS wurde dadurch weder zum sozialistischen Kampfverband, noch konnte er ausgepowert werden. Die eine Absicht sabotierte die andere. Jede für sich war falsch. Möglich wäre gewesen, den VDS ohne große "Struktur"-Debatte (die in Wahrheit eine Neuauflage der "Organisationsdebatte" des SDS war und schlicht auf den VDS übertragen wurde, was nur gegen den SDS spricht) durch inhaltlich politische Beschlüsse festzulegen und personell deren Durchsetzung abzusichern. Das scheiterte schon in Köln während einer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Berliner und Heidelberger Genossen sich nicht gegen eine vor allem von Frankfurt geführte Fraktion durchsetzen konnten. Eine solche Übernahme des VDS hätte einerseits die überregionale, publizistische Agitation finanziell erleichtern können und lokale Konflikte auf die zentrale institutionelle Ebene heben können, was einen offenen und ausdrücklich politischen Angriff der Bundesregierung nach sich gezogen und eine für die studentischen Massen einsichtige politische Abwehrstrategie ermöglicht hätte. Stattdessen kam es zu jener Strukturdebatte, mit der eigentlich eine solche Instrumentalisierung des VDS gescheitert war, weil sie zwangsläufig zu einer bloß verbalen Aufwertung des VDS führen mußte; die aber gerade ein taktisches Verhalten gegenüber dem VDS, der unter der Hand zum "sozialistischen Kampfverband" geraten war, und seine Instrumentalisierung verhinderte. Selbst wenn die Satzungsdebatte nicht verhindert werden konnte, so hätte man sich doch nicht an deren Spitze stellen dürfen mit einem eigenen Papier, das die Satzungsdebatte dann über drei Tage hin ausfern ließ und eine politische Festlegung des Verbands gerade verhinderte. Damit war jedes Gremium des VDS zum Organ eines "sozialistischen Kampfverbandes" geworden, dessen politische Richtung bloß personell aber nicht durch öffentlich gefaßte, politische Beschlüsse garantiert war. Damit wurde jeder Genosse, der die persönlichen Entscheidungen des VDS- und SDS-Vorstandes kritisierte, dadurch zum "Verräter" daß er, den offiziellen Anspruch des VDS insoweit ernst nahm, als er in seinen Gremien diskutierte.

Mit der Wahl eines SDS-Vorstandes für den VDS war diese Dilemma zwischen verbalem Anspruch und tatsächlicher Intention beileibe nicht behoben, sondern brach erst richtig auf. Denn nachdem auf den VDS-MVs alles geschehen war, den VDS zum strategischen und organisatorisch eigenständigen Organ hochzujubeln, das scheinbar den SDS ersetzen sollte, kam gleich danach wieder die taktische und gleichzeitig "rein revolutionäre" Komponente allein zum Tragen. Erstens wurde der nie diskutierte oder auch nur erwähnte Umzug nach Frankfurt als erster Beschluß des VDS-Vorstands gefaßt, und zweitens sollte der Prozeß gegen die Bundesregierung beendet werden, was den VDS in die Fänge der Verwaltungsgerichte getrieben hätte. Nachdem zunächst die Taktik den VDS einfach auspowern zu wollen, zu seiner faktischen strategischen Aufwertung des VDS geführt hatte, wollte man sich nach der Wahl wieder bloß haptisch gegenüber dem VDS verhalten.

Da der Prozeß schnell wieder aufgenommen werden mußte, nachdem die Konsequenzen einer Einstellung ins Bewußtsein des VDS- und SDS-BV gedrungen waren, ergab sich in der (an sich harmlosen) Umzugsfrage die entscheidende Kontroverse, die durch die fehlende Diskussion vor den MVs und auf der DK verschleppt worden war. Sie ergab sich nun im Zentralrat des VDS statt im SDS. Der Vorstandsbeschluß war bekanntlich schon vor der Zentralratssitzung in die bürgerliche Presse geraten, die damit in die Rolle der Entlarvung gegenüber einer bürokratischen, nicht öffentlichen Politik der Revolutionäre kam, eine Rolle, die ihr bezüglich der Herrschenden keiner mehr abnimmt. Diese Tatsache war symptomatisch. Unsere Kritik an diesem Beschluß verlief auf zwei Ebenen: einerseits kritisierten wir die Art des Zustandekommens und der Veröffentlichung des Beschlusses und andererseits hielten wir seine Begründung nicht für stichhaltig. Wir hatten den VDS-Vorstand als Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen verstanden, wo noch fast alle ASten rechts bis halblinks sind und keine Hochschulrevolte stattgefunden hatte und hielten die Säuberung des Büros von Spitzeln zwar für notwendig aber für keinen Grund, den VDS-Sitz nach Frankfurt zu verlegen. Die Frage der Säuberung war zunächst das Problem etlicher Kündigungen und der Anschaffung neuer Schlösser, der technischen Beherrschung des "Chef-Telefons" und der Verhinderung eines Streits darüber, wer es bedienen darf. Weder war damit der Umzug überhaupt gerechtfertigt, noch der nach Frankfurt, zumal der VDS-Vorstand sich sonst politisch gar nicht ausgewiesen hatte und gerade deshalb den Umzug zum politischen Grundsatzentscheid stilisieren mußte. Angesichts der Art, wie Beschlüsse im Vorstand zustandekamen, blieb uns nichts anderes, als den Zentralrat des zum "sozialisitischen Kampfverband" avancierten VDS zum Forum unserer Kritik zu machen. Wir standen vor der Alternative, uns dem vorgefaßten Beschluß, den wir formal und inhaltlich für falsch und gefährlich hielten, einfach zu unterwerfen, das Maul zu halten und die Pfote zu heben, oder halt den waghalsigen Versuch zu unternehmen, im Zentralrat eine Diskussion zu beginnen, die sonst nirgends stattfand. Zwar war uns klar, daß wir uns damit den Vorwurf des Bruchs der Fraktionsdisziplin zuziehen könnten, doch sahen wir keine Veranlassung, uns gegenüber einer sozialdemokratisch gehandhabten Fraktionspolitik sozialdemokratisch zu verhalten in der beschränkten Öffentlichkeit des Zentralrats, um hinterher dem BV vielleicht zuzutuscheln, daß nächstes Mal er uns doch vorher einweihen solle. Damals konnten wir auch noch nicht ahnen, was wir jetzt schwarz auf weiß haben, daß der Zentralrat des "sozialistischen Kampfverbandes" VDS, nämlich ein bloßes Gremium für Leibesübungen sein solle: zum Kopfnicken und Arme heben. "In Bezug auf diesen Zentralrat sind wir (wer wir?) so verfahren, als sei der SDS eine identitätsbewußte, sozialistische Organisation mit klaren bündnispolitischen Vorstellungen, für die ein gemeinsames Funktionalisieren des Zentralrates für die Politik des SDS eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre."(BV-Papier)

Nachdem wir auf der MV in Köln einmal eine SDS-Fraktionssitzung öffentlich angekündigt und damit einige BV-Genossen peinlich berührt hatten, konnten wir eine solche Einschätzung von denen zuletzt erwarten, die normalerweise die "Zerschlagung des SDS" als wichtigstes Ergebnis der "Bewegung" propagieren, und auf den VDS-MVs den SDS am liebsten gar nicht erwähnten, um gleichzeitig im Gespräch von Mann zu Mann Proselyten unter den Liberalen zu schaffen. Den Repräsentanten der adjektivlosen Bewegung (das Ziel ist nichts) mochten wir solchen Organisationsfetischismus zuletzt unterstellen.

Aber nimmt man den Hinweis des BV auf die Fraktionsdisziplin als Indiz für eine neue Einschätzung des Verbandes, so bleibt dennoch unverständlich, warum die "Fraktion" erst aus der FR zu erfahren hatte, was sie nur noch unterstützen konnte, wenn sie die Disziplin nicht verletzen wollte. Ein solches Verhalten gegenüber den Genossen läuft auf bloße Erpressung hinaus und erinnert, wenn mit Rücktrittsdrohungen verbunden, ein bißchen an Bismarck.

Wenn wir gegen den Umzug argumentie
eine Politik, die den SDS instrumentali
statt den VDS für die Studentenbewegun
wir uns nicht durch. Alles, was wir zust
Und aus dieser Erfahrung hätten wir die
VDS-Vorstand gegenüber der WRK tatsä
gen Zentralratssitzungen fernzubleiben.
in der Art des Zustandekommens der Be
jene lethargische und gleichgültige Hal
fähig machte, den Anschlägen der Bund
begegnen. Auf den Versuch, durch Rück
die an einen VDS-Vorstand gestellt wur

lich hielt, reagierten VDS- und SDS-BV
Schritte der Bundesregierung zu entlarve
ste, was man hört, ist ein Stoßseufzer,
zur Hegelschen List der Vernunft oder z
über unseren Köpfen hinweg sich beweg
bewußt unterwerfen müssen, um wahrha
und Göttingen als Hintertreppengeflüste
nokraten, als Wehgeschrei der rechten S
liberalen AStA-Vertreter kursierte, mu
beiden Mitgliederversamm lungen vom
Die Liquidierung des VDS! "

Hier zieht der BV in ziemlich erschrec
zugedacht hat, die Konsequenz: dieser
verfehlte VDS-Politik ihm eingebrockt
der Ministerien, der Drohungen der Te
Studentenfunktionäre und der Gespenste
zu Beginn wird die Stellungnahme des
keiner. Denn es ist die Komik des tapfe
Fürchten zu lehren, und das sich bei de
sen nicht nur masochistisch unterwirft,
Herrschenden den Knüppel nur aus der
selbst anzuwenden. Eine solche Traditi
und ist nicht automatisches Produkt der
eingetrichter werden.

d. Wir müssen di
Bürokratisier

Der VDS.- Vorstand schafft sich selber
den SDS-BV abschaffen? Gar nichts. W
chistischen Flausen einiger nach oben
festlegen, ohne daß wir mehr tun könn
Die BV-Politik ist durch den Widerspru
auf arbeitende Gruppen zu berufen und
lutionäre zu gerieren. Bei der Reflekti
anderes herauskommen als eine Rationa
Kritik des BV, sondern Kritik der Bewe
weil die Studentenbewegung unter sein
tik in den Betrieben bleiben diese Fehl
Betriebspolitik aber würden uns zu bela

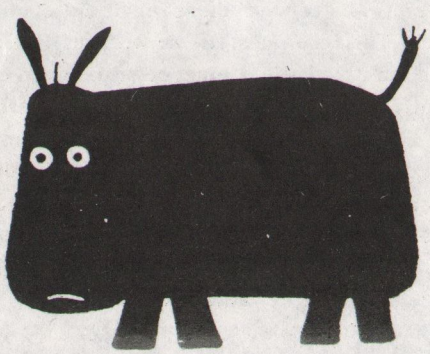
rten und stimmten, so bekämpften wir
sierte für partikulare Interessen im VDS,
g zu instrumentalisieren. Damit setzten
ande brachten, waren Scheingefechte.
Konsequenzen ziehen können, die der
chlich gezogen hat, nämlich zu künfti-
Nicht im Inhalt nur, sondern vor allem
schlüsse zeichnete sich ganz deutlich
tung ab, die den VDS-Vorstand völlig un-
esregierung auf den VDS öffentlich zu
rderung von früheren Betsechungsgeldern,
den, den die Bundesregierung für unbestech-
wie ertappte Diebe. Statt öffentlich die
n, verschlug es ihnen die Sprache. Das er-
in dem die Anschläge der Bundesregierung
um automatischen Schicksalsschlag einer
enden Bewegung werden, der wir uns nun
ft revolutionär zu sein: "Das, was in Köln
r aus dem Ministerium als Drohung der Tech-
Studentenfunktionäre und als Gespenst der
3 jetzt bewußt und offensiver (!) als auf
SDS getrieben werden:

ander Weise aus der Rolle, die er dem SDS
soll jetzt bewußt das vollstrecken, was eine
hat: die Zwecke des Hintertreppen geflüsters
chnokraten, des Wehgeschreis der rechten
rseher der liberalen AStA-Vertreter. Gleich
BV komisch. Aber über diese Komik lacht
eren Schneiderleins, das auszog, die Welt das
n ersten Schlägen der Herrschaftsseite die-
sondern auch noch lauthals schreit, um den
Hand zu reißen um ihn wirksamer gegen sich
on wurzelt kaum im Marxismus-Leninismus
"Bewegung", sondern muß dieser erst noch

e Anfänge der
ung bekämpfen

ab. Was riskieren wir, wenn wir auch noch
ir verhindern im Gegenteil, daß die maso-
gefallener Antiautoritärer unser e Politik
ten, als die Folgen dieser Politik auszubaden.
ch gekennzeichnet gewesen, sich permanent
l sich frei von jeder Kontrolle als reine Revo-
on des Scheiterns dieser Politik konnte nichts
alisierung. Selbstkritik heißt für den BV nicht
gung, mit der er sich schon deshalb eins glaubt,
er Politik zu leiden haben wird. (Für die Poli-
er vorläufig belanglos; ähnliche Fehler in der
nglosen Sektierern machen)

In der Misere des BV gegenüber dem VDS zeigt sich die MIsere zentraler Politik in der gegenwärtigen Phase. Die antiautoritäre Bewegung hat bis jetzt nirgends wirklich demokratische Strukturen hervorgebracht. Überall haben sich an die Leerstelle der zentralen Selbstorganisation die alten Kader festgesetzt, die wohl oder übel bestimmte Entscheidungen treffen müssen, wenn die Defensive gegen den Staatsapparat und das Kapital einigermaßen organisiert werden soll. Die substantiell offensive Politik der antiautoritären Bewegung vollzieht sich dezentralisiert in permanenter Wühlarbeit. Alle zentralen Defensivaktionen werden bloß dadurch offensiv gewendet, daß sie mit einer organisierten Agitation an der Basis verbunden werden. Diese Agitation ist bloß lokal möglich, und z. Z. nur dort, wo noch eine wirkliche Verbindung der zentralen Kader wenigstens mit den Instituts- und Basisgruppen, wenn schon nicht mit den Massen, vorhanden ist. Die verschiedenen Agitationsgruppen ander Basis (und um mehr handelt es sich im allgemeinen nicht) entwickeln bestenfalls lokal Tendenzen zur Zentralisierung. Diese verhindern eine völlige Verselbstständigung der lokalen Kader. Dazu kommt die permanente Notwendigkeit für diese lokalen Kader, ihre Entscheidungen dauernd zu legitimieren und sei es nur dadurch, daß sie sie veröffentlichen und rechtfertigen in Flugblättern und Artikeln, MV's und plebiszitären Massenversammlungen. Tun sie nichtwenigstens das, dann scheitern sie schon kurzfristig, und verlieren selbst die Möglichkeit, die Massen zu mobilisieren, geschweige sie zu organisieren. Deshalb sind in der lokalen Kaderarbeit unmittelbare Erfolgskriterien eingebaut, die eine völlige Degeneration ihrer politischen Absichten verhindern.

Die antiautoritäre Bewegung hat bisher auch lokal nirgends eine demokratisch-zentralistische Organisation hervorgebracht. Um so weniger kann sie sich ein zentrales nationales Entscheidungsgremium leisten, das derzeit per se jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist. In einer sozialistischen Politik gehört aber die demokratische Entscheidungsstruktur zum politischen Inhalt selbst. Diese Bedingung sozialistischer Politik ist auf nationaler Ebene derzeit in keiner Weise gewährleistet, im Gegenteil wird die Politik dort in dem Maße auch inhaltlich irrational, als sich der faktische Repräsentationsanspruch auf die theoretische Verleugnung dieser Funktion und die Berufung auf die Legitimation der arbeitenden Gruppen zur bloßen Berufung heruntergerät. Auf der nationalen Ebene sind zur Zeit nur zentrale Kommunikation und theoretische Diskussion als organisierendes Element möglich, aber keine von einem Spitzengremium getroffenen verbindlichen Entscheidungen. Diese werden aber de facto permanent getroffen. Während info und nk immer mehr verkommen und der BV selbst auf die primitivsten Tätigkeitsberichte verzichtet, statt darüber hinaus die verschiedenen Ansätze der abgedruckten Papiere wenigstens zu kommentieren, mehren sich die tagespolitischen ad hoc Entscheidungen (auch in Form der von oben ausgerufenen Kampagnen), die uns alle langfristig strategisch festlegen, ohne das wir sie beeinflussen könnten.

Ziehen wir deshalb die Konsequenz aus dieser Situation und beschränken uns auf zentrale Kommunikation und Diskussion, statt kommunikations-und diskussionslosem Dezisionismus zu verfallen. Legen wir den BV zu den Akten, wohin er den SDS längst gelegt hat, um dessen Schatten nur dann hervor zu holen, wenn er seiner taktisch bedarf. Erweitern wir unsere regionalen und lokalen organisatorischen Ansätze und organisieren wir die zentrale strategische Diskussion, von deren Fehlen die Entscheidungen des BV leben.